Flächengerechtigkeit – Antrag der Freien Wähler

Die Freien Wähler fordern in ihrem Antrag Bürgermeister Faulhaber auf, den Gemeinderatsbeschluss vom 26.11.2019 zeitnah umzusetzen (Gemeinderatssitzung vom 27.04.2021).

Folgende Beschlussfassung von damals liegt vor:

1. Die Gemeinde Dossenheim beantragt für das laufende FNP-Verfahren für den Gemarkungsbereich der Gemeinde Dossenheim das Ruhen des Verfahrens. Die bisherigen Darstellungen bleiben bis auf Weiteres bestehen. Der Nachbarschaftsverband wird von der Gemeinde gebeten, alternative Flächen für eine bauliche Entwicklung zu prüfen. Alle hiernach in Zukunft vorstellbaren Varianten werden gemäß einem noch festzulegenden Beteiligungsprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. (Mehrheit des Gemeinderats war dafür.)
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Bebaubarkeit auf den größtenteils gemeindeeigenen Flächen entlang der bereits vorhandenen Infrastruktur im Bereich nördlicher Gassenweg und Am Rebgarten zu prüfen und ein in sich schlüssiges Konzept zur Wohnbebauung zu entwickeln, das den preisgebundenen sozialen Wohnungsbau prioritär, altengerechtes Wohnen oder evtl. weitere infrastrukturelle Maßnahmen (wie z. B. ein Hospiz) mit einbezieht. (Mehrheit des Gemeinderats war dafür.)

Zudem treiben die Dossenheimer Grünen und die Dossenheimer CDU seit Ende 2019 die Debatte voran, ob alternative Flächen für eine bauliche Entwicklung in Dossenheim vorhanden seien. Über 60 Hektar Felder und Wiesen auf Dossenheimer Gemarkung sollen nach Mehrheit des Gemeinderates überprüft werden (Beschluss vom 20.10.2020). Die FDP-Fraktion stimmte gegen die Anträge. Die Begründung, warum es nicht zielführend ist, eine Bebauung des Augustenbühls zum jetzigen Zeitpunkt zu planen:

1. Die Fortschreibung des Flächennutzungsplans wird ausgesetzt.
2. Eine Bebauung wird nur am „Rande" gefordert, ohne den Blick auf das Ganze zu richten. (Es sind die Straßen „Am Rebgarten" und der „Gassenweg" erschlossen, die eine sofortige Bebauung ermöglichen könnten.) Die Steuerung des zunehmenden Verkehrs in diesem Ortsteil wird nicht näher beleuchtet.

3. An welcher Stelle sollte der Nachbarschaftsverband eine Entwicklungsfläche definieren? Im Osten grenzt der Wald an Dossenheim, im Süden sind Kleingärten und die Gemarkungsgrenze zu Heidelberg, im Westen grenzen landwirtschaftliche Flächen an den Ortsrand und im Norden das Augustenbühl.
4. Im Gebiet des Nachbarschaftsverbandes gibt es zurzeit ausreichend neue Flächen, die als Baugebiet entwickelt werden: Konversionsflächen in Mannheim und Heidelberg sowie in der Nähe das Neubaugebiet in Ladenburg.

Die Sicht der FDP Dossenheim

Aus Sicht der Freien Demokraten liegt den Beschlüssen kein Konzept zur nachhaltigen Weiterentwicklung Dossenheims zugrunde. „Unserer Meinung nach wäre ein Masterplan zu erstellen, um nicht nur diesen Ortsteil zukunftsorientiert auszugestalten", so die FDP-Gemeinderäte schon 2019 in der Diskussion. Anstelle am Ortsrand zu bauen, schlagen wir vor:

1. Die bestehenden Bebauungspläne anzupassen und die Voraussetzungen zum Bauen so zu verändern, dass mehr Wohnraumerweiterungen oder Neubau in bestehenden Baugebieten möglich ist.
2. Trotz der Sparmaßnahmen aufgrund der Haushaltskonsolidierung sind Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenmodernisierung, Parkraumnutzung und Kanalsanierung hinsichtlich der Erneuerung vorrangig in den Blick zu nehmen, damit die Lebensqualität in Dossenheim erhalten bleibt.
3. Die Achse Kronenburger Hof bis OEG-Bahnhof sollte von Seiten der Gemeinde verstärkt in Angriff genommen werden, damit sich die innerörtliche Attraktivität Dossenheims weiter erhöht – Stichwort: Rathaussanierung und entsprechende Platzgestaltung – barrierefrei, energetisch, nachhaltig und zukunftsorientiert.
4. Eine lebendige Gemeinde braucht Freizeit, Sport und Kultur, Räume für gesellige Begegnungen und große Veranstaltungen. Unsere über 80 Vereine bieten vielfältige Angebote und Aktivitäten. Wir Liberalen wollen diese weiter unterstützen und fördern, insbesondere in Zeiten nach der Corona-Pandemie.

Nochmals: Die Fraktion der FDP Dossenheim ist bis heute dafür, dass die Fläche des Augustenbühls nicht aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen wird.

(Hendrik Tzschaschel)